

Nach Asfinag-Einschätzung

Tschirgant-Tunnel-Absage: Von Gelassenheit bis zum Vorwurf eines Gesetzesbruchs



Der Tschirgant scheidet das Mieminger Plateau und das Gurgltal vom Inntal – und die verkehrspolitischen Geister.

© Fasser



Von Alexander Paschinger

Mittwoch, 4.12.2024, 06:35

Der Tschirgant-Tunnel sei „kein Thema“, sagt Asfinag-Chef Hartwig Hufnagl. Im Oberland zwischen Imst und Mötz, entlang der verkehrsgeplagten Mieminger Straße, kommt das in den Gemeindestuben gar nicht gut an.

Imst, Innsbruck – Der Tschirgant-Tunnel erfährt seit Jahrzehnten ein Hin und Her. Zuletzt brachte ihn Bundeskanzler Karl Nehammer im Rahmen der Nationalratswahlen wieder aufs politische Tapet. Und auch in den Gemeindestuben zwischen Imst und Mötz hofft man auf eine neue Regierung und damit mehr Rückenwind aus dem Infrastruktur-Ministerium. Doch nun erklärte Asfinag-Chef Hartwig Hufnagl, dass der Tunnel in der Straßenbau-Gesellschaft „kein Thema“ sei.

Hoffen auf neue Regierung

„Ich finde es spannend“, meint der Imster Stadtchef Stefan Weirather zur Aussage von Hufnagl. Er hält aber gleich fest: „Das ist eine politische Entscheidung. Wenn die künftige Koalition den Tunnel festschreibt, dann hat das die Asfinag durchzuführen.“ Daher „hoffe ich, dass sie ihn mitverhandeln“. Auch sein Nassereither Amtskollege Herbert Kröll meint, dass es „eine künftige Regierung und das neue Infrastruktur-Ministerium brauchen“ werde. Wenn die Asfinag von der Politik den Auftrag erhalte, „dann bauen sie“, ist der Nassereither Dorfchef überzeugt.

Gemeinden wollen Druck erhöhen

Kröll verweist auch auf die Petition der Bürgermeister der drei Bezirke Imst, Landeck und Reutte für den Tschirgant-Tunnel aus dem Jahr 2016: Nur Haiming, Biberwier und Reutte hatten damals die Unterschrift verweigert. „Wir werden mehr Druck aufbauen müssen“, meint der Mieminger Bürgermeister Martin Kapeller. Er ist dafür, dass die Dorfchefs vom Mieminger Plateau und dem Gurgltal gemeinsam mit einer starken Stimme auftreten. Auch die verkehrsgeplagten Gemeinden an den Taleingängen der Tourismusgebiete könnten ins Boot geholt werden.

Gesetzesbruch?

„Verärgert“ zeigt sich die neue Öztaler Nationalratsabgeordnete Margreth Falkner: „Entweder die Asfinag will jetzt selbst Politik machen oder bewusst einen Gesetzesbruch begehen“, meint sie. Immerhin regle „das Bundesstraßengesetz die Bauvorhaben der Asfinag und hier ist die Grundlage für den Tschirgant-Tunnel bereits geschaffen“. Tirol habe mit dem Fernpass-Paket bereits vorgelegt. Die Umsetzung des Tschirgant-Projekts, „das Rücksicht auf die Gemeinde Haiming nimmt, würde eine wichtige Entlastung für das Tiroler Oberland im Allgemeinen sowie das Gurgltal im Besonderen bringen“.

LHStv. Geisler: Sache des Bundes

Der für Verkehr und damit auch für das Fernpass-Paket des Landes zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler meint in einer ersten Reaktion: „Mit dem Bau der Unterführung und der neue Bedarfsampel für Fußgänger haben wir in Tarrenz einige punktuelle Verbesserungen umgesetzt. Auch am Mieminger Plateau ist bereits viel gelungen. Eine nachhaltige Entlastung vom Durchzugsverkehr für das Gurgltal bringt aber nur der Tschirgant-Tunnel“, stellt er fest.

Und weiter: „Der Tschirgant-Tunnel ist ein eigenständiges, vom Fernpass-Paket unabhängiges Projekt des Bundes auf Gurgltaler Seite. Hier geht es um die Entlastung der B 189 Mieminger Straße, während das Fernpass-Paket die verlässliche Anbindung und die Entlastung im Außerfern im Fokus hat. Das Lkw-Fahrverbot über den Fernpass auf der B 179 wird in keiner Weise berührt.“

Einhausung Innsbruck: „Chance nutzen“

Dass Hufnagl den Lärmschutz für den Stadtteil Sieglanger dagegen „positiv“ bewertet, wird von der Innsbrucker Fraktion „Das neue Innsbruck“ (DNI) erfreut angenommen. „Während in der Vergangenheit das Projekt einer Einhausung wohl

auch wegen ideologischen Widerständen der Grünen nicht die notwendige Unterstützung erhielt, scheint sich nun ein Sinneswandel anzubahnen. Die Menschen in den betroffenen Stadtteilen brauchen jetzt Lösungen, keine Blockaden.

Dass das Projekt inzwischen mit mehr Offenheit diskutiert wird, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, so Gemeinderätin Christine Oppitz-Plörer. Für die Umsetzung brauche es breite politische Unterstützung: „Die Jahrhundert-Chance der Einhausung darf nicht verstreichen. Das Neue Innsbruck unterstützt das Vorhaben mit voller Kraft und wird mit seinen Stimmen und weiteren Parteien im Gemeinderat auch ohne die Stimmen der Grünen genügend Befürworter finden, um dieses wichtige Projekt für Innsbruck zu realisieren“, erklärt DNI-Klubobmann Franz Jirka.